Humanistische Union

Quartalsbericht Nr. 163 (September 1998)

Bericht des Landesverbandes Berlin für die Mitteilungen Nr. 163 (September 1998)

Am 17. Juni hatte der Landesverband eine Veranstaltung zum Thema **"Gefährliche Orte - gefährdete Grundrechte"** organisiert. Leiderwaren an diesem Abend nur wenige Besucher ins Haus der Demokratie gekommen. Ziel der Veranstaltung war es, auf die bürgerrechtlichen Konsequenzen der verschiedenen politischen Ordnungskonzepte hinzuweisen. Dazu fand eine rege Diskussion zwischen denPodiumsgästen und den Besuchern statt. Die Vertreter der BerlinerPolizei konnten nicht überzeugend erklären, warum sie an den sog.gefährlichen Orten erweiterte Zugriffsrechte auf Passanten(Personenkontrolle, Platzverweise etc.) benötigen und wie dieseMaßnahmen eine präventive Wirkung entfalten sollen. Weiterhin wurdedeutlich, daß die Einrichtung "gefährliche Orte",die von der Polizeinicht bekannt gegeben werden, weniger derStrafvermeidung dienen,als eine neue Form der Kontrolle unliebsamerMilieus in der Innenstadtdarstellen. Auf dem Podium trugen Norbert Püttervom Institut für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit, Stefan Schneidervon der Obdachloseninitiative mob und eine Vertreterin des Projektes "Kietzorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention" ihre kritischen Anmerkungen zur gegenwärtigen Berliner Polizeipraxis vor.

Startschuß für das Volksbegehren **"Mehr Demokratie in Berlin"**: Seitdem 17. Juli läuft die Unterschriftensammlung für diese von derHumanistischen Union unterstützten Initiative, mit der dieMöglichkeiten direktdemokratischer Bürgerbeteiligung auf Landes-und Bezirksebene erweitert werden sollen. Bis zum Januar 1999 sind25.000 Unterschriften nötig, um das Volksbegehren über die ersteHürde zu bringen. Dazu möchte der Landesverband gerne seinScherflein beitragen. Im Vorfeld haben wir intensiv an derFormulierungen des Gesetzesentwurfs mitgefeilt und uns dabeierfolgreich für den Schutz der Grundrechte eingesetzt. Der Vorschlag von "Mehr Demokratie in Berlin" zur Verfassungsänderung sieht zwarvor, daß die Berliner Verfassung künftig durch Volksabstimmungenverändert werden kann. Für eine Veränderung der Grundrechtsartikelsoll aber eine2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig sein.Damit istgewährleistet, daß Errungenschaften der Berliner Verfassungwie das Diskriminierungsverbot wegen sexueller Identität besonderenSchutz erfahren. Weitere Informationen, Unterschriftenbögen und dergenaue Wortlaut der Volksbegehrens sind über unsereLandesgeschäftsstelle erhältlich oder direkt bei "Mehr Demokratie inBerlin e.V.", Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel (030) 204 558 55, Fax (030) 204 558 57.

Erwartungsgemäß ist die **Innere Sicherheit** zum wichtigsten Wahlkampfthema avanciert. Aus diesem Grund plant der Landesverband eine weitere Veranstaltung zum Thema "Organisierte Kriminalität - noch mehr Macht für die Polizei?". Gemeinsam mit dem Verein Demokratischer Juristen soll am 31. August 1998 eine Podiumsdiskussion stattfinden.

Am 13. September findet in Berlin wieder ein "**Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung**" statt. Seit 1945 ist der zweite Sonntag im September zu einem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und für die Schaffung gleicher Menschen- und Bürgerrechte geworden. Dazu

https://berlin.humanistische-union.de/thema/quartalsbericht-nr-163-september-1998/
Abgerufen am: 09.11.2026